

# Merseburger Tageblatt

**Bezugspreis** in der Stadt für Abholer monatlich 28 M., durch Boten bezogen monatlich 30-25 M., bei Postbezug monatlich 32 M. Frei Haus, Erhalten, werktätig nachmittags. Einzelnummer 1,50 M. Postkontofonto: Amt Verlags Nr. 18 654. Geschäftsstelle: Döllnerstraße 4. Für überbotene Abendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

**Anzeigenpreis** Der Spaltenpreis Millimeter Satzraum 1,50 M. und der Zeilenpreis Millimeter Zeilenraum 8 M. Die laufende Monatsausgabe wird vom Bezahler auf eigene Rechnung bei deren Aufgabe mit 6,00 M. in Zahlung genommen. Ruffertstraße 75 Bld. Porto besonders. Anzeigenpreis: vormittags 10 Uhr. Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Vahj.)

mit Umfassen Umzügen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 157.

Freitag, den 7. Juli 1922

162. Jahrgang.

### Lageschronik

Demokraten und Zentrum bemühen sich um eine Koalitions-  
erweiterung nach rechts.  
Der Reichsrat nahm das Gesetz über die Pflichten der Be-  
amten zum Ende der Republik an.  
Die Abstimmung über die obersteinstufige Autonomie findet  
am 3. September statt.  
Die anarcho-sozialistischen Zwischenfälle in Juidau haben fast 100  
Opfer an Tötungen, Verwundungen und Verwundungen gefordert.  
Die Spuren der Garten-Attentäter führen nach Eidenburg.  
Schwierigkeiten für die Zahlung der nächsten Reparations-  
rate am 15. Juli.

### Koalitionserweiterung nach rechts oder links?

Ein Brief der Demokraten und des Zentrums  
an die Deutsche Volkspartei.

Wir von parlamentarischer Seite hören, ist in  
den Verhandlungen mit den Unabhängigen über deren Ein-  
tritt in die Regierung keine Verständigung erzielt worden.  
Die Unabhängigen verlangen u. a. daß Reichswehrentwerfer  
sogleich zurücktreten müßten. Auf diese Forderung gingen  
die Demokraten nicht ein, weshalb die Verhandlungen ein-  
stweilen abgebrochen wurden. Man beachtet im übrigen,  
daß die Demokraten weit stärkere Reize haben, mit der  
Deutschen Volkspartei zu einer Verbindung zu kommen.  
Das Wiederauftreten Dr. Stresemanns im Reichstag deutet  
auch darauf hin, daß die Volkspartei verstanden will, eine  
Verbindung mit der bürgerlichen Koalitionspartei zu er-  
langen und nicht abgeneigt ist, an die Regierung einzutreten.

Wie verlautet, haben Zentrum und Demokraten einen  
gemeinsamen Brief an die Deutsche Volkspartei verfaßt,  
der sich jedoch, wie die „D.M.“ erfahren, z. B. noch  
in den Händen des Zentrums befindet. Es heißt in dem  
Brief:

Wir halten die Zusammenarbeit mit der Deutschen  
Volkspartei nach den Ausführungen, die die Abgeordneten  
Recher, Heine und Stresemann in der letzten Zeit im  
Reichstag über unsere außen- und innenpolitischen Lage  
gemacht haben, für möglich. Wir sehen nach diesen Aus-  
führungen Einigkeit darüber voraus, daß ein Wiederantritt  
des Staates und die Fortführung der Sozialpolitik nur  
auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen  
Staatsform möglich ist. Wir bitten daher um Anerkennung,  
ob die Deutsche Volkspartei bereit sein würde, sich an der  
Regierung zu beteiligen.

In maßgebenden Kreisen der sozialdemokratischen Reichs-  
fraktion steht man diesem Schritt der bürgerlichen Koalitions-  
parteien wie der „Vorwärts“ heute morgen mitteilend,  
äußerst verständnisvoll gegenüber, zumal man sich darüber klar  
ist, daß ein Gesetz zum Schutze der Republik, wie man es unter  
den augenblicklichen Verhältnissen für notwendig hält, nur durch  
eine Einkreisung erledigt werden kann. Diese Weisheit  
ist jedoch nur mit Einspruch der D.S.P. zu überbringen.

### Ein neues Beamten-Disziplinarstatut.

Annahme im Reichsrat - Widerspruch Bayerns.

Berlin, 7. Juli. Der Reichsrat beschloß heute in seiner  
öffentlichen Sitzung vom Donnerstagabend mit dem Geset-  
zweck über die Pflichten der Beamten zum Schutze der  
Republik. Die Reichsregierung ist demnach ausgenom-  
men, daß gewisse Stellungen gibt, welche über die den Beamten  
sonst zugehende Freiheit ihrer politischen Überzeugung hin-  
aus doch noch nicht weitergehende Anforderungen an die  
Beamten stellen, wenn sie infolge ihrer Stellung in einem  
besonderen Verhältnis gerade zu republikanischen Staats-  
formen stehen. Die Reichsregierung soll ihrerseits bestimmen,  
für welche Beamtenkategorien diese Vorschriften in Betracht  
kommen. Die Regierung hat vorgeschlagen, einen besonderen  
Disziplinarstatut einzurichten und zwar einen kleinen  
Disziplinarstatut, der in erster Instanz, und einen großen,  
der in zweiter Instanz zu berücksichtigen hat. Die Statuten  
werden nur aus Reichsbeamten zusammengefaßt. Die Be-  
stimmungen des Gesetzes sollen fernerhin Anwendung auch  
auf Angehörige der Reichswehr finden. In der Aussprache  
bevorzugte Herr von Wedow, in das Beamtengesetz eine  
Bestimmung einzufügen, durch die die betreffenden Beamten  
es ablehnen dürfen, ein nach dem Gesetz besonders qualifi-  
ziertes Amt zu übernehmen. Dieser Antrag wurde jedoch  
abgelehnt.

Vor der Gesamtapprobation über die Vorlage erklärte  
der bayerische Bevollmächtigte von Wegener, eine so wichtige  
Vorlage, die die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten  
in noch nicht abgemessener Weise beschränkte, dürfe nicht unter

politischen Druck über die Linie gebrochen werden. Die Be-  
amtenverbände seien nicht gehört worden (2); der Gesetz-  
entwurf sei ihnen noch gar nicht bekannt. Die bayerische  
Regierung könne dem Gesetz in dieser vorliegenden Fassung  
nicht zustimmen.

In der Gesamtapprobation wurde der Entwurf mit 49  
gegen 16 Stimmen angenommen.

Mit der Verordnung über die Autonomie-Abstimmung  
Oberösterreich erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Am  
9. Juli soll der uns verblichene Teil Oberösterreichs end-  
gültig geräumt sein und es beginnt dann die Zeit von  
zwei Monaten zu laufen, innerhalb deren die Abstimmung  
über die Autonomie stattzufinden hat. Für Oberösterreich  
wurde als Abstimmungsdatum der 3. September festgesetzt.

### Das Ausnahmestimmengesetz gegen links

Bemerkenswert und viel beachtet wird im Reichstag  
ein Antrag des Zentrums zum Gesetze zum Schutze der  
Republik. Der Antrag lautet darauf hinaus, das Gesetz  
auch gegen Übergriffe der Linken anzuwenden und sagt,  
daß die Bestimmungen des Gesetzes gegen alle angewandt  
werden sollen, die nicht auf dem Boden der verfassungsmä-  
ßigen Republik stehen. Da z. B. die Kommunisten auf  
dem Boden der Republik stehen, aber nicht auf dem Boden  
der verfassungsmäßigen, sondern eine Räterepublik anzu-  
nehmen, bedeutet dieser Zentrumsantrag eine wesentliche Änderung,  
die so notwendig ist, wie auch sehr wichtig, doch von großer  
Bedeutung ist.

### 14 Tote, 10 Vermisste und 70 Verwundete in Juidau.

Erklärungen Epwinstos im jüdischen Landtag.  
Freuden, 7. Juli. Im jüdischen Landtag gab am  
Donnerstag vor Eintritt in die Tagesordnung der unab-  
hängige Minister Epwinstos eine Erklärung über die Vorgänge  
in Juidau ab. Die Arbeit hätte am Mittwoch wieder auf-  
genommen werden sollen, aber die meisten Kohlengruben  
und Metallbetriebe seien nicht in Betrieb gekommen.  
Er sei von dem Aktionsausschuß der Parteien und Gewerkschaften  
angereuert worden, daß die Regierung alles tun  
solle, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Es sei aber  
falsch, wenn die Presse behauptet habe, daß linksgerichtete  
Kreise die Macht an sich gerissen hätten (?). Falsch sei  
ferner, (was W.F.W. wiederholt) daß der Stadtrat  
als Gremium zum Aktionsausschuß eingesetzt worden sei. (Gesetz-  
liche Vollmacht rechts). Von den zwei entworfenen Kom-  
missionen sei ihm geraten worden, entweder die Vorsitzende  
des Aktionsausschußes anzunehmen, oder mit voller Kraft  
vorzugehen. Er habe sich bereitwillig, den ersten Vorschlag  
des Aktionsausschußes anzunehmen (1) unter der Bedingung,  
daß der Ausschuss die Gewähr für die öffentliche Sicher-  
heit übernehme. Der Aktionsausschuß sei dann in Tätigkeit  
getreten und erhebt in Verhandlungen mit den Unter-  
nehmern die Forderung, daß der Ausfall an Löhnen ge-  
deckt werde. Im neunten Abende habe die organisierte  
Arbeiterkraft den Lohnsanktionen und Streikmaßnahmen ein-  
geleitet. Die Unternehmern, die am Nachmittag begannen,  
konnten unterdrückt werden. Die Mäße sei jetzt wieder herge-  
stellt. Unter der Zivilbevölkerung seien 14 Tote und  
60 bis 70 Verwundete, bei der Landespolizei sechs Ver-  
wundete und zehn Vermisste zu beklagen.

### Eine Wiederorganisation in Eidenburg

Eidenburg, 7. Juli. Im Verlauf der Untersuchung  
des Attentats gegen Maximilian Baur hat sich in Berlin  
ergeben, daß die Stadt Eidenburg aus der Sitz einer Ver-  
schönerungsorganisation anzusehen ist. Der bereits verhaftete  
Schwarz, der wegen fahrlässiger Tötung eines Kindes be-  
reits zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden  
war, dem jedoch dann eine Bewährungsstrafe zugewandt  
wurde, hat ein Geständnis abgelegt. Daraus hat sich er-  
geben, daß die Mitglieder am Attentat gegen Baur und  
die Hintermänner in Eidenburg anwesend sind. Auch einige  
Beteiligungen sind bereits aufgenommen worden, u. a. die des  
Bauhändlers Albert G. e. u. n., bei dem eine Hausdurchsuchung  
vorgenommen wurde, die außerst beachtenswertes Material aus  
Tageslicht förderte.

### Attentat auf die obersteinstufige Note Rahne.

Melzig, 7. Juli. Die Druckerei der obersteinstufigen  
„Noten Rahne“ wurde heute wegen eines Verfalls eines  
Bauschließes Albert G. e. u. n., bei dem eine Hausdurchsuchung  
vorgenommen wurde, die außerst beachtenswertes Material aus  
Tageslicht förderte.

### Häufiger Zeitstreik bedrohlich.

Berlin, 7. Juli. Auf Grund des § 5 Ziff. 3 der Ver-  
ordnung zum Schutze der Republik wurde die Zeitschrift  
„Häufiger“ heute wegen eines Verfalls eines Bauschließes  
Albert G. e. u. n., bei dem eine Hausdurchsuchung  
vorgenommen wurde, die außerst beachtenswertes Material aus  
Tageslicht förderte.

### Der 9. November Nationalfeiertag?

Von der D.S.P. ist im Reichstagsausschuß des Reichstags  
folgender Antrag gestellt worden: „Der Reichstag wolle  
beschließen: die Reichsregierung zu erlauben, dem Reichs-  
tag alsbald den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, nach  
welchem der 9. November zum Nationalfeiertag des deutschen  
Volkes erklärt wird.“ (Das sollte uns noch)

### Landgemeindevorordnungsentwurf der Landkreise.

Der Verband der Kreisfreien Landkreise hat durch  
seine Mitgliederversammlung aus der Mitte der Gesamt-  
heit aller Landkreise des Staates einen besonderen Ausschuss  
zur Beratung des Entwurfs einer neuen Landgemeindevor-  
ordnung eingesetzt, in dem alle Provinzen vertreten sind.  
Dieser Ausschuss hat nach Zählungnahme mit Beratungen  
der Landgemeinden, die nachfolgenden Richtlinien beschloßen  
und dem preussischen Landtage, dem Staatsrat und der  
Staatsregierung überreicht:

1. Statt der schematischen Vereinheitlichung des kom-  
munalen Verwaltungsrechts wird empfohlen, in ausreichen-  
den Maße den provinziellen Besonderheiten Rechnung zu tragen.  
2. Für das Eingemeindungsrecht werden folgende Forde-  
rungen im Zusammenhange mit dem der kreis- und provinzen-  
systematisch geordnet werden. Deshalb müssen die Ent-  
würfe der Landgemeindevorordnung und Städteordnung, der kreis-  
und Provinzialordnung gleichzeitig beraten und in Kraft  
gesetzt werden.

3. Für das Eingemeindungsrecht werden folgende Forderungen  
aufgestellt: A. Da der Eingemeindungsrecht auf alle Gemeinde-  
verfassungsgesetze für erstreckt, ist dessen Ausdehnung aus  
den kommunalen Verfassungsgesetzen und die Zusammen-  
fassung in einem Sondergesetze zu fordern. Dadurch wird  
auch die unerlässliche Befreiung der Reform erreicht,  
wie sie im Hinblick auf die zahlreich schwebenden bedeut-  
samsten Eingemeindungsfragen geboten ist. B. Für dieses neu  
zu schaffende Gesetz zur Abänderung und Neubildung kom-  
munaler Bezirke müssen folgende Gesichtspunkte maßgebend  
sein: a) Kommunale Gebietsveränderungen erfolgen durch  
Gesetz, soweit es sich nicht um solche innerhalb derselben  
Landkreise handelt und förmliche Befreiung (Ausnahme b)  
einwurzelt. b) Als befreit und in dieser Hinsicht ein-  
ander gleichwertig und gleichberechtigt gelten neben den  
betroffenen Gemeinden alle übergeordneten Gemeindebe-  
stände, die Provinzen nur, soweit Kreisgrenzen berührt  
werden. c) Ein Ersatz mangelnder Zustimmung im Wege  
der Ergänzung durch die Befreiungsbehörde ist unzulässig.  
Der Antragstreiter der Gebietsveränderung hat in jedem  
Falle ein gemeinsames Auseinanderberedenverfahren sämt-  
licher Beteiligten stattzufinden. d) Dabei ist die Befreiungs-  
fähigkeit aller Teile zu berücksichtigen. e) Der der Re-  
formierung des § 5, entzogene Grundbesitz, das eine  
Veränderung der Steuerkraft an sich eine Entschädigung  
nicht begründet, ist gesetzlich zu befreien. f) Die  
Gewährung von finanziellen Vorteilen an neuereordnete  
Gebietsstellen ist zu verbieten. h) Es ist ein Forum zur  
Entscheidung von Streitigkeiten aus Eingemeindungs-  
verträgen (Auseinanderbereden) zu schaffen und hierbei  
die Klageverträge zu regeln.

4. In der Theorie ist die Einführung der Landbürger-  
meisterei-Vereinbarung namentlich zur Vereinfachung der staats-  
lichen Verwaltungsreform organisatorisch verhältnißlos, prak-  
tisch befehlend aus hier und dort, wo sie zurzeit noch nicht  
besteht, am Platze. In der schematischen Verallgemeinerung  
des Entwurfs aber muß sie aus den zu 1 genannten Grün-  
den mangels allgemeinen Bedürfnisses verworfen werden.  
Sie bedeutet wegen der durch sie bedingten starken Steigerung  
der allgemeinen Verwaltungskosten eine schwere Last für  
das Finanzgebahren aller Beteiligten, einschließlich des  
Staates. Die Einschränkungen des § 140 des Entwurfs  
reichen deshalb nicht aus. Befreiende Amts- und Land-  
bürgermeisterei- sowie ähnliche Verfassungen sind zu erhalten.  
Die ehrenamtliche Befreiung der Landbürgermeister darf  
nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Die Ausübung  
der Landbürgermeisterfunktion darf nur durch Befreiung der  
Provinziallandtage zu zugelassen werden, wo Kreisverwaltungs-  
stellen es fordern.

5. Soweit nicht das Gesetz die Verwaltungsgebiete der  
Selbstverwaltungsorgane gegeneinander abgrenzt, sind die  
übergeordneten Verbände, Selbstverwaltungsangelegen-  
heiten für sich in Anspruch zu nehmen. Bei Widerspruch,  
der nur auf bestehende Einrichtungen von den nachgeordneten  
Gemeindeförpers begründet werden kann, beschließt die Ver-  
waltungsbehörde. Diese hat auch dann zu bestimmen, wenn  
nachgeordnete Gemeinden oder Gemeindeverbände Aufgaben  
an sich ziehen wollen, die der übergeordneten Verband durch  
bestehende Einrichtungen erfüllt.

6. Die Auflösung der Ortsbezirke ist eine in vielen  
Fällen berechtigte Forderung, ihre schematische Durchführung  
aber aus den zu 1 genannten Gründen unangebracht und  
insbesondere mangels allgemeiner Einführung der Land-  
bürgermeisterverfassung in der Praxis oft unmöglich. Die  
Ausnahmebestimmungen im Rahmen des Entwurfs reichen  
nicht aus. Die Entscheidung allein in die Hand staatlicher  
Verwaltungsbehörden zu legen, Selbstverwaltungs- und Ver-

Schlussfahrungen dagegen auf diese Gutachten zu beschränken, ist als Verletzung der Selbstverwaltung nicht zu billigen. Bei der Entscheidung ist daher die feststehende Stelle an der Beifassung der Bezirksausschüsse und Provinziallandtage festzuhalten.

7. Anträge zu Einzelbestimmungen des Entwurfs bleiben vorbehalten.

### Mein Ausblick des deutschösterreichischen Hütelers.

Berlin, 7. Juli. Der deutschösterreichische Parteiausschuss hat den Druck mit dem deutschösterreichischen Hütelers nationalen Volkspartei mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch der besondere Antrag, den Abgeordneten Wülle auszusprechen, fand keine Aufnahme.

### Der Buchdruckerstreik vor dem Ende.

Wir hören von unternichteter Seite, daß der Buchdruckerstreik ebenfalls noch in dieser Woche sein Ende finden wird. Die streikenden Buchdrucker besitzen heute nicht mehr die Mittel, um die fälligen Unterzahlungen zahlen zu können. Sie haben sich bereits früheren Beschlüssen, bereit erklärt, den Forderungen der Verleger nachzugeben und die Arbeit wieder aufzunehmen, sobald die offiziellen Verhandlungen beginnen. Man ist der Ansicht, daß der Streik ganz zusammenbrechen dürfte, wenn die Verleger jedes Fringsenommen ablehnen würden.

### Die Reparationszahlung am 15. Juli.

#### Doch ein Stillstand an die Günter?

In parlamentarischen Streifen wird heute die Ansicht vertreten, daß es Deutschland unmöglich ist, die nächste fällige Reparationsrate zu zahlen. Man rechnet damit, daß die Regierung nunmehr doch, trotz anfänglichen Sträubens die

Währungs- und Anleihen der nächsten Zahlung bitten wird, die für die unterrichteten Seite weiter erfahren, fähren

### Die Besprechungen mit der Garantief Kommission

vorwärts. **Ernte Reparationsgenossenschaft** befehlen vorläufig nur in der Frage der **Reparationshöhe**. Die Garantief Kommission liehe auf dem Standpunkt, daß alle Exportwaren unter den Begriff der Kapitalzufälle fallen. Die deutsche Regierung widerlege sich dieser Auffassung, da sie eine unentgeltliche Außenhandelskontrolle bedeuten würde. Von besonderer Bedeutung waren außerdem die Verhandlungen im Ausgaben-Ausschuss. Die Vertreter der Garantief Kommission ist die von Plausch hatten bei der deutschen Regierung große verborgene Reserven vermutet und waren erkannt, zu finden, daß nichts dergleichen vorhanden war. Von englischen Vertretern wurde die Bitte ausgesprochen, die Darlehen der deutschen Regierung über die Höhe der Besatzungskosten und die trottslose Lage der Reichsbewirtschaftung schriftlich zu formulieren, um sie für die Reparationskommission zur Kenntnis zu bringen. Es wurde auch klargestellt, daß die von Deutschland für die **Wiederbelebungsvorsorge** aufgeführten Beträge gerade im Vergleich zu den entsprechenden französischen Aufwendungen ansehnlich bescheiden wären.

### Englische Kohlen als Reparationskohlen.

Die Kohlenverhandlungen mit der Garantief Kommission liehen, wie wir mit maßgebender Seite hören, vor dem nächsten Besprechungstermin in vorgeschlagener Weise, an Frankreich englische Kohlen als Reparationskohlen liefern zu können. Frankreich hat sich damit einverstanden erklärt. Nach Abschluß der Verhandlungen mit der Garantief Kommission wird die deutsche Regierung versuchen, die englische Regierung oder englische Finanzleute zu einer Anleihe zu bewegen, die zur Deckung der Kohlen aus dieser Anleihe die englischen Kohlen besetzen kann. Andernfalls wird dieser Plan daran scheitern, daß Deutschland, infolge des Fehlens der Devisen nicht in der Lage ist, englische Kohlen abzunehmen.

## Die Gewerbesteuerzuschläge herabgemindert.

### Der Magistrat ändert die Zuschläge ab auf 3000 0/0, 2500 0/0 und 1600 0/0

Die Sitzung war schon 10 Uhr beendet. Das hätte man nicht für möglich gehalten, wo es sich um die brennende, heikeln Frage der Gewerbesteuerzuschläge handelte. Daß der Magistrat sich so frühzeitig mit dieser Frage beschäftigte, mag wohl einige Verwunderung erregen, da man doch konsequenter von ihm nicht gewöhnt ist. Die Tribüne gähnte vor Leere. Umweilen lag nur ein Hut auf einer Bank. Jemand ein Gewerbesteuerzahler war nicht zu erblicken. Die Versammlung geht nicht in die Ferien. Am 12. Juli der Sitzung wurden noch große Summen im Wohnungsbau im Einklang erledigt. Die Gut des Tages wurde unverändert fertig im Saale nach und legte sich lässig auf Geist und Kampfsittung.

Nach 6 Uhr eröffnete Stadtvorsteher Junfer die Sitzung. Er erteilte dem Stadtv. Eichner (Dem.) das Wort zum ersten Punkte

**Aufhebung des Steueranlegensgesetzes und Ueberweisung der Steuer an den Grundbesitzer.**

Da der 6100 Mark betragende Steueranlegensfonds nicht mehr in Betracht kommt, wird er aufgelöst und die Gelder werden dem Grundbesitzer überwiehen. Derselbe Redner spricht über den zweiten Punkt.

**Geländebemessung in dem von Friedrichs, Hansen, Thiermarz und Reichmann für die Umschlößung des Baublockes.**

Die zur Durchführung der Umschlößung erforderlichen Mittel sind aus dem Grundbesitzer zu entnehmen und dann auf die Anbauenden umzuliegen. Die Versammlung ist mit der Geländebemessung einverstanden. Ueber den dritten Punkt, **Grundbesitzplan für die Gegend zwischen Delarabe, Tiefert**

spricht Stadtv. Wild (D. Vp.). Ueber den Verkauf des Heuer'schen Grundstücks wird lebhaft gesprochen. Stadtv. Eichard empfiehlt, den Plan so schnell wie möglich festzusetzen. Der nächste Punkt betrifft die **Umwandlung der Stelle des früheren Hauses des kaiserlichen Krankenhauses in eine Stelle für einen Saalbau**

Stadtv. Fiedler (Rom.) tritt für die Umwandlung ein und die Versammlung stimmt dem Antrag zu. Bei der Realisierung der

**Gutschnidung für die Besitzer des Versicherungsmis,** erhält der Magistratsantrag, der eine Entschädigung von 50 Mark für den ganzen und 25 Mark für den halben Tag vorstellt, noch einen Zusatz, daß der betreffende Besitzer die Rückzahlung des entgangenen Arbeitsverdienstes beantragen kann. Ueber den nächsten Punkt,

**Wohnungsfrage für die Baugenossenschaft „Eigenheim“** berichtet Stadtv. Junfer. Der Magistrat beschließt den Ertrag des Preussischen Wohnrauminstituts vom 10. Juli 1922 bezüglich der Teilung der unrentierlichen Bauten für die durch die Baugenossenschaft „Eigenheim“ zu errichtenden Eigenabwohnhäuser anzurechnen und die darin vorgesehene Teilung der unrentierlichen Bauten zu genehmigen unter der Bedingung, daß die Eigenabwohndirektion Halle sich bindend verpflichtet, im Laufe des Jahres 1923 auf eigene Kosten ohne länderliche Zuschüsse ein sechses Mehrfamilienhaus der Anwesenheit im Anschluß an die bereits fertig gebaute Häuser zu errichten und in dieses Haus nur solche Arbeitnehmer der Eisenbahn aufzunehmen, welche auf der Höhe der Wohnungsgeldleistungen in Merseburg stehen. Stadtv. Vothe (Zn.) ist nicht der Meinung, daß aus städtischen Steuermitteln bis ins Unendliche gebaut werden kann. Der Bürgermeister Hertog stimmt dem zu. Wie kann an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Die unrentierlichen Häuser müssen aus der Wohnungsbauabgabe erachtet werden. Andere Mittel können nicht zu Verfügung gestellt werden. Er möchte ausdrücklich betont haben, daß die Stadt, wenn der Antrag beschließen wird, an die Grenze der Leistungsfähigkeit gelangt ist. Die Versammlung bewilligt darauf den Kaufzinszuschuß. Stadtv. Wichter (Rom.) berichtet über die

**Wohnungsfrage von Seiten der Umwandlung der Missets in den Baublocken an der Weiden Mauer.**

Der Redner behauptet bei der Gelegenheit, daß die Höhe der Zinsaufgabe dieserhalb feststehen wird im April. Er wird darauf aufmerksam gemacht, daß seit April die Höhe vier mal erhöht worden sind. 1922 April werden be-

**Bestimmung der Haushaltspläne in erster Lesung.**

Stadtv. Junfer (Rom.) verliest ein Schreiben des Wirtschaftsverbandes für Handel und Industrie und der Mittelstandsvereinigung, in dem diese Verbände bitten, nicht über die Steuerzuschläge der Stadtverordneten hinauszugeben. Merseburg bildet mit den nachfolgenden in vieler Beziehung eine Wirtschaftsgemeinschaft. Es würde keine Konkurrenzfähigkeit mit diesen Plänen einbüßen und eine

Reihe hiesiger Betriebe ihre Existenzmöglichkeit verlieren, falls die Zuschläge über diese Städte hinausgingen.

Eine Kommissionsarbeit, die städtischen Gewerbesteuerzuschläge auf 3400 Prozent zu senken ist, ist nicht vorhanden, da das Gewerbesteueramt, welches den städtischen Haushaltesplan als Errechnung zu Grunde gelegt worden ist, nach dem vorläufigen Ergebnis nur schätzungsweise aufgestellt ist. Das Finanzamt Magdeburg, daß die Veranlagung vornimmt, hat dem Dement der Steuerbefreiung bei der Veranlagung nicht beigepflichtet. In der Veranlagung der Stadt Merseburg, um 100 Prozent erhöht würde. In Berücksichtigung dieser Anstufung würde somit nur die Hälfte der in der Veranlagung gebildeten Zuschläge, also fast 3400 Prozent würde nur 1700 Prozent nötig sein, um den Haushaltesplan auszugleichen.

Wir müssen daher bitten, daß solange das staatliche veranlagte Steuerlohn nicht endgültig festgestellt ist, auch abschließendes Zuschläge in bestimmter Höhe nicht festgelegt werden.

Wenn nach der Meinung des Steuerbeamten der Stadt keine anderweitigen Steuerquellen offen stehen und diese gewaltige Steuer auch nicht auf eine breitere Basis gelegt werden kann, so müssen die unterzeichneten Verbände an der für die Stadt in der Höhe des Steuerlohn, die Höhe von Handel und Gewerbe darauf dringen, daß die Zuschläge sich nur im Rahmen des unbedingt Notwendigen halten.

Wir bemerken noch, daß die Stadt Naumburg, welche in der Zusammenlegung ihrer Bevölkerung den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Stadt Merseburg nahe kommt, am 12. Juni 1922 beschlossen hat, in der Veranlagung nur eine Erhöhung von 1000 Prozent auf erheblichen Widerstand zuzulassen.

Wir beziehen uns ferner auf das dem Magistrat erteilte Gutachten der Handels- und Handwerkskammer Halle und bitten auch hierorts die Gewerbesteuer in dem Rahmen des Erträglichsten zu gestalten, eventuell die endgültige Festsetzung des Zuschlages bis zur Fertigstellung definitiver Unterlagen auszusprechen.

**Mittelstandsvereinigung.**

**Wirtschaftsverband für Handel und Industrie.**

**Überbürgermeister Hertog:**

Bei der Festlegung der Haushaltspläne im Vorjahre sind die gleichen Überstände erfolgt. Die Handelskammer steht auf dem Standpunkt, daß man darauf achten muß, was die Stadt an Markteinnahmen durch die Steuerlohn herabzubringen. Wenn die Interessentenverbände auf diesem Standpunkte stehen, ist es unmöglich, mit ihnen zu arbeiten. Der Redner weist noch einmal auf die weitlich höheren Zuschläge der weissen Städte hin. In verschiedenen Städten haben die Interessentenverbände den Vorstoß der Stadt zugestimmt und haben nur bei der Berechnung mitberaten. In der Haushalteskommission ist eingehend über die Gewerbesteuer gebrochen worden. Es wurde mit einem großen Optimismus gearbeitet. Es sind Voten eingelegt worden, die sich lediglich auf Hoffnungen stützen. Der Redner spricht dann von den sogenannten Pufferfonds, die sich ungefähr 3 bis 5 Millionen Mark bewegen sollen. Wir haben schon seit zwei Jahren einen solchen von 3 Millionen Mark. Davon sind aber zwei Millionen bereits für Baugeschäfte verbraucht, so daß nur eine Million übrig bleibt. Es geht nicht an, solange es war, bis das Finanzamt mit seinen Feststellungen fertig geworden ist. Wir wollen nicht die Gewerbetreibenden und Hausbesitzer vor die Tatsache stellen, daß später dann ein Steuerantrag nachherkommen wird. Wenn man erwägt, daß man mit den vorgeschlagenen Zuschlägen die Summe des Haushaltsplan ungleich machen kann, so ist es besser, als wenn man später gezwungen ist, ein fünftes Quartal nachzubringen. — Nach dem Geleg sind wir verpflichtet, alle Bedürfnisse aus den Realsteuern zu decken. Das ist unrichtig ist, darüber wird sich die Städte wenig Gedanken machen. Die Städte sind ungleich gemacht worden. Mit der Steuerbefreiung der Städte wird es noch schlimmer werden. Der Redner bittet, den Plan zumutlommen in nicht zu vertagen. In einem vierten Jahr wird es nicht billiger, sondern teurer. Die Städte werden sich nicht ändern, die Summe des Haushaltsplan wird sich erhöhen. Es ist behauptet worden, daß Merseburg an das Reich keine Steuern abgibt. Von allen Städten unserer Größe hat es die wenigsten und zwar 114. Luedtburg hat 159, Weissenfels 158, Rordhausen 159.

Der Magistrat hat mit daran gedacht, die Gewerbetreibenden zu schädigen. Es gab 10 viele Gewerbetreibende,

die ihre Häuser imstand gesetzt haben, als sie sagten, daß die Steuern vorläufig 3000 Prozent festgesetzt werden sollen gemacht worden, wie die Zuschläge anders geregelt werden können.

Nach der Rede macht Stadtv. Vorsteher Junfer einige allgemeine Ausführungen über den Plan.

Stadtv. Pfeiffer (Rom.) greift den Bürgermeister Hertog an, der im Interesse der Industrie die Zuschläge ausgemindert habe. Der Hausbesitzer und das Gewerbe kann zahlen. Stadtv. Vorsteher Junfer macht darauf aufmerksam, daß die Ausführungen rein verständig seien und Stadtv. Pfeiffer die Verantwortung allein trage.

Stadtv. Vothe (Zn.): Es ist kein Grund, ein Schreiben abzulehnen, wenn ein Mann mitteilbar ist. Was Stadtv. Pfeiffer sagte, war nicht sachlich, sondern rein persönlich. Was die Gewerbesteuer anlangt, so ist der Ertrag von 1500 Prozent auf 3400 Prozent keine Kleinigkeit. Daß das Steuerlohn nur um 25 Prozent erhöht worden ist, erlaube ich mir zu wenig zu betonen über die Herabsetzung der Zuschläge. Kein Gewerbetreibender der Klasse 1 und 3 ist in der Veranlagung vertreten, haben also noch keine Gelegenheit gehabt, sich in der Sitzung zu äußern. Er fragt an, ob es nicht möglich sei, herunterzugeben.

Stadtv. Vothe (Zn.): Es ist nicht möglich, die anderen Pläne zu behandeln, weil man dann erst einen Lieberdill, über das, was gefordert werden könne, bekomme. — Zu rascher Folge werden die Pläne des Fleischbeschauamts, der Allgemeinen Verwaltung, der Vermögens- und Schuldenverwaltung, der Polizeiverwaltung und der Grundbesitzverwaltung behandelt und zugestimmt.

Der Plan der **Gemeindesteuern und Ausgaben** trägt Stadtv. Teller vor. Anzuführen sind eine Magistratsbesprechung statt und Überbürgermeister Hertog nahm an der Praxissitzung teil.

**Überbürgermeister Hertog** schlägt darauf folgenden **Ausweg vor:** Wenn die Gewerbesteuerzuschläge abgelehnt werden, könne man bis an die äußerste Grenze gehen und in der 1. und 2. Klasse 3000%, in der 3. Klasse 2500%, in der 4. Klasse 1600% erheben. Die Veranlagung müßte dann auf befähigten auf Einkommen von 780 000 Mark in den Pufferfonds einzufleßen.

Stadtv. Wahl: Durch diesen neuen Antrag wird die Vorlage etwas schwächer gemacht. Er steht auf dem Standpunkt, daß man die Forderungen des Staates nicht immer erfüllen solle und schließt sich dem an.

Stadtv. Frauenheim (Dem.) stellt fest, daß er weder Mitglied des Hausbesitzervereins noch der Mittelstandsvereinigung ist. Er findet es nicht richtig, daß ein Bürger, wie vorhin Bürgermeister Hertog, in geschäftlicher Weise angegriffen wird. — Die Haushaltspläne aller Städte müssen abgelehnt werden, dann würde die Finanzverwaltung in andere Bahnen fommen. Behauptet, daß die Gewerbesteuerveranlagung eine höchst ungeschickliche ist. Er lehnt den Etat ab. Auch der 2. Weg ist nicht gangbar.

Der 1. Magistratsantrag wird abgelehnt, der 2. Antrag angenommen. Zum Schluß werden den gesamten Haushaltsplan abgelehnt und angenommen.

Hierauf werden noch zwei Anträge auf Bewilligung des Gemeindefonds zum Bau von Wohnungen durch die Wohnungsbaugesellschaft und die Baugesellschaft bewilligt.

Es handelt sich um die Summen 233 000 Mark und 294 000 Mark. Damit schließt die öffentliche Sitzung.

## Aus Stadt und Umgebung

**Simseren, Brombeeren, Johannisbeeren.**

Die Beerenzeit, die von jung und alt alljährlich sehr stark erwartet wird, ist gekommen. Schon seit Mai erfreuen uns die so wohlgeschmeckten Erdbeeren. Im Juli gefolgt sind die Brombeeren, Johannisbeeren, Himbeeren und die so beliebten Heidel-, Stachel-, Simseren und wie sie alle heißen mögen, an die Reihe gekommen. Zwar gibt es noch ein paar Spätlinge, wie die Brombeere und die Preiselbeere, die jetzt erst im Anfang der Reife stehen, inmerhin ist der Monat Juli aber als der eigentliche Beerenmonat zu betrachten. Die Hausfrau ist auf dieser Zeit wegen eines abendlichen Komposts nicht in Verlegenheit, denn an jedem Tag in der Woche kann eine andere Beeren- oder Baumobstschüssel die Kompostschüssel füllen. Am meisten erfreut darüber ist natürlich die Jugend, die zu Mittag an Liebchen mit der Kompostschüssel anfangen und dem Suppenteller aufhören möchte. Nun ist auch die Zeit gekommen, wo die Einmachgläser mit gelber, roter und blauer Füllung versehen werden, denn man möchte auch gern im Herbst oder Winter noch des Genusses des Beeren- oder Baumobstes teilhaftig werden. Der große Wunsch, dieses dabei immer: wenn ich nur genügend Zucker hätte!

**Bezeichnung der reaktionären Lehrer aus den Schulen.**

Der sozialistisch-kommunistische Kontrollauschuss für den Kreisverband Merseburg hat beschlossen, sofort eine Bewegung für Bezeichnung aller reaktionären Elemente aus den Schulen einzuleiten. Um dies wirksam durchführen zu können, werden alle republikanisch gesinnten Lehrer, Eltern usw. aufgefordert, näheres darüber zu berichten. Möglichst noch Schulbuchbesitzer und Buchhändler tragen, welche die Gesetze der Diffamierung betreffen und die antirevolutionäre Agitation betreiben.

**Hörning an die Staatsbeamten.**

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen erläßt folgende **Bestimmung:** Die mit unternichteten Staatsbeamten der Provinz Sachsen und Vereinen, die die Rechts- und Staatsregierung, sowie die republikanische Staatsverwaltung in Wort und Schrift beschimpfen und verächtlich gemacht haben, sind in diesem Sinne weiter fortzuführen, nicht angehören. Sie haben Veranlassungen und Kundgebungen, gleich welcher Art, die eine staatsfeindliche Tendenz haben, oder bei denen eine solche zu befürchten ist, fern zu bleiben oder, falls unerwartet bei einer Veranstaltung teilzunehmen, die staatsfeindliche Tendenz zeigen, die Verantwortung sofort zu verlassen. Mit dem auf die Befolgung geleisteten Zeugnis des Beamten ist es unvereinbar, daß er, soweit er dazu nicht dienlich verpflichtet ist, Zeitungen und Zeitschriften, die die jegliche Staatsform verächtlich machen und die jegliche der Provinz Sachsen betreffende Veranlassungen sofort zu verlassen. Im ernannte, daß im öffentlichen Verkehr keine Bemerkungen gegen die bestehende Staatsordnung oder gegen die jegliche oder gegen die früheren Regierungen, insbesondere keine antirevolutionären Bemerkungen, laut werden. Die älteren Beamten haben die neuen republikanischen Bestimmungen mit gutem Beispiel anzugehen und alles zu unterlassen, was geeignet erscheinen könnte, das Vertrauen der Beamtenchaft in ihre Vorgesetzten zu erschüttern. Dieser Ertrag und der Auftrag der Rechtsregierung, sowie die Bestimmung, daß die Provinz Sachsen betreffende Beschlüsse der Republik und die Strafbestimmungen hierzu sind vom Standpunkte staatsrechtlich republikanischer Bestimmung von den Beamten der Behörden der veranlassung Beamtenchaft beizufolgen.

Derselbe Ertrag ging allen dem Provinzschulinspektoren unternichteten Staatsbeamten zu.

Der Stenographenverein Stolze-Schön

Am Dienstag abend im Vereinsheim „Vergißlochen“ eine außerordentliche Hauptversammlung ab. Es wurden nicht weniger als 43 Stenographen neu in den Verein aufgenommen...

Begleichung der Gas-, Strom- und Wasserzähler.

Für diejenigen Verbraucher, welche ihre Gas-, Wasser- und Stromzähler unmittelbar selbst ablesen lassen, bezahlen wollen, ist die Einrichtung getroffen worden...

Montag, Donnerstag und Freitag

namntags von 3-5 Uhr die Geldgeber in der hiesigen Steuerkasse zur Annahme der Rechnungsbeträge bereit sind.

Diese Bestimmung gilt erstmalig für die Einziehung der Einrednung 1922. Die Rechnung für April 1922 wird noch nach dem alten Verfahren eingezogen.

Verbraucher, die es wünschen, die Rechnungsbeträge nach wie vor in ihrer Wohnung einzahlen zu lassen, haben den Bogen außer den Rechnungsbeträgen eine Einziehungsbefehl von 50 S. je Rechnung zu besetzen.

Bezirksämteramt des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Wie wir erfahren, findet am Sonnabend und Sonntag in den Mauern Merseburgs das diesjährige Bezirksfest des Bezirkes Halle statt. Für diese Veranstaltung treffen bereits am Sonntag 15000 Sänger und Sängerinnen ein, um an dem im Schützenhaus stattfindenden Sängertag teilzunehmen.

Erntearbeit für die Studierenden der landwirtschaftlichen Hochschule.

Der Ausschuß der Studierenden der landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin bittet den Reichs-Landbund, bekannt zu machen, daß während der Ernteperiode vom 1. August bis 1. November viele Studierende bereit wären, auf dem Lande Erntearbeiten zu verrichten.

Rechtswacht während der Sommerreise.

Die Postbeamten können während der Meistzeit täglich beobachtet, wie sorglos manche Geschäftsleute ihre Erhaltungsgeschäfte antreten. Sie glauben alles getan zu haben, wenn sie bei der Post den Auftrag zur Nachsendung ihrer Briefsendungen gestellt haben, aber an die Geschäftsleute, über welche Mitteilung zu leisten ist, denken sie nicht.

Neuöffnung von Zigarrengeschäften.

Die neueren missverheerlichen Vorhänge kann für Tabakverkaufsstellen das Feinere vor 12 Uhr morgens im Zugefallenen auf Antrag vom Demobilisationsamt zugelassen werden, wenn in den betreffenden Geschäften das Hauptgeschäft nachweislich in den frühen Morgenstunden stattfindet.

Berichtsmitteln und Bekanntmachungen.

Der Stenographenverein Stolze-Schön unternimmt am Sonntag eine Wanderung nach Döllnitz.

Der Meschinger Mitarbeiterverein hält am Dienstag abend 8 Uhr im „Fivoli“ eine Mitgliederversammlung ab.

Die Schmärer haben am Montag, den 15. 8 Uhr im „Fivoli“ Versammlung.

Die wachsende Not der Reife.

Während alle Bemühungen, die unerträglich hohe Druckpapierpreise für die Zeitungen im öffentlichen Interesse zu senken, bisher nicht die geringste Milderung der katastrophalen Zustände herbeigeführt haben, wird den Zeitungen am 30. Juni durch das Schlußamt unter Hinweis auf die weiteren Preissteigerungen und den neuen Ausschlag auf die Strohpreisfrage, und insbesondere auf die Preissteigerungen der Zellstofffabriken und die Preissteigerungen der Holzpreise...

Die durch ihre steigenden Papierpreise verursachte Not der Reife ist durch die Preissteigerungen der Zellstofffabriken und die Preissteigerungen der Holzpreise...

Die Deutsche Volkspartei zum Eintritt in die Regierung bereit. Der Dollar 510.

Berlin, 6. Juli. (Eig. Drahtbericht). Heute mittag fanden Verhandlungen zwischen dem Zentrum, den Demokraten und der Deutschen Volkspartei über den Eintritt in die Regierung statt. Die Deutsche Volkspartei hat die von den bürgerlichen Koalitionsparteien an sie gerichtete Anfrage, ob sie unter den ihr gestellten Voraussetzungen zum Eintritt in die Regierung bereit sei, mit bezug auf die festige Regierung bejaht.

Der heutige Dollarkurs.

Berlin, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht). Der Dollar notierte heute vorbörslich 495-496, um 12 Uhr 510. An der Börse herrschte größte Erregung.

Das Hausgehilfenrecht im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 7. Juli. Am vorläufigen Reichswirtschaftsrat wurde die Eingelberung des Hausgehilfenrechts fortgesetzt. Beim 12. der eine tägliche Arbeitsbereitschaft von 13 Stunden vorschlag, entwickelte sich eine längere Aussprache. Schließlich wurde ein Arbeitsbertrag mit 86 gegen 77 Stimmen angenommen, wonach der Hausgehilfe nur auf eine unterbrochene Nachruhe von neun Stunden Anspruch haben soll.

Lebensweg bis zum bitteren Ende weiter gehen.

Die deutschvölkische Zeitung „Die Zeit“, ein Blatt, das erst vor wenigen Monaten mit großem Aufsehen geboren wurde, sieht sich gezwungen, seinen Lesern mitzuteilen, daß es, statt zweimal täglich, in Zukunft nur noch als Abendblatt erscheinen werde.

Nus Kreis und Nachbarkreisen.

Nützliche Schlägerei.

Teilsch, 6. Juli. Gelegentlich des hiesigen Viehmarktes kam es im „Preußischen Hof“ zu Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gärten. Die sich dann auf der Straße fortsetzten und in eine blutige Schlägerei ausarteten. Als der Galtbauarbeiter zu vermitteln suchte, richtete sich besonders die Wut der Gebrüder Feinig aus Witterfeld gegen ihn und der eine von ihnen schlug ihn, hochschreitend, mit einer Pistole, über den Kopf, so daß er erhebliche Verletzungen davontrug.

Wiederaufbau.

Kannberg, 6. Juli. Vor 53 Jahren war von hier ein junger Mann nach Amerika ausgewandert. Für seine Schwester, die Witwe Molinoro, galt er als verschollen, da er nie etwas von sich hören ließ. Jetzt kehrte der Auswanderer plötzlich zurück und durch endloses Hin- und Herfragen stellen dann beide fest, daß sie Geschwister wären.

Schweres Unglück bei einem Radfahrerfest.

Werra, 5. Juli. Bei einem Radfahrerfest in Niederwehren führte wegen zu großer Belagerung eine Leinwand ein Werra-Berliner wurden schwerverletzt, darunter einige lebensgefährlich.

Ein Nachlass-Erbschaft der Baronin Rothschild.

Frankfurt a. M., 6. Juli. Die in Paris verlebte Baronin Salomon von Rothschild hat ihrer Verlassenschaft Frankfurt am Main letztwillig den Betrag von 500 000 Francs, das sind nach der heutigen Währung etwa achtzehn Millionen Mark aus ihrem Nachlass für die Wohlfahrts-Einrichtungen der Stadt zur Verfügung gestellt und außerdem einige hervorragende Wertpapiere und Silbergegenstände dem hiesigen Anstaltsrat überlassen.

Wieder ein Raubmord.

Bormund, 6. Juli. Der Tuchhändler Kied der sich mit seiner Tochter an dem Seimwege befand, wurde von Mitternacht von zwei Männern, die ihm aufgefahnen waren, überfallen und durch sechs Hebelverläufe niedergestreckt. Er starb bald nachher. Die Täter raubten ihrem Opfer die Brieftasche und mehrere Schlüssel.

Schuss auf Aenderung des Einkommensteuergesetzes dahin, daß entsprechend dem geltenden Seimwert der abzugsfähige Betrag von 3000 auf 6000 Mark erhöht wird, wurde einstimmig angenommen. Das Haus vertagte sich dann auf unbestimmte Zeit.

Die Angst vor der Wahrheit.

Paris, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht). In der Kammerführung die bis 12 Uhr nachts andauernde, redigiertere gilt Poinecaré in der üblichen Weise gegenüber dem Wortwort, daß Frankreich die Hauptschuld am Kriege habe. Es gelang ihm, die von links beantragte Einsetzung eines Untersuchungs-ausschusses über die Kriegsschuldfrage zu verhindern. Der Antrag Coururier, der eine billige Klärung der Lage bei Kriegsausbruch schaffen wollte, wurde abgelehnt.

Die holländischen Kammerwahlen.

Amsterdam, 7. Juli. Die getriggen Wahlen zur zweiten holländischen Kammer hatten nach der vorläufigen nicht-amtlichen Feststellungen folgendes Ergebnis: Rechtsparteien 48, Sozialisten 25, Einheitsliste 11, Kommunisten 3, verschiedene kleinere Parteigruppen 13 Mandate.

König der Ordnung in Dublin.

London, 7. Juli. In der vergangenen Nacht erfolgte die Liebergabe der letzten 2000 Mann der irregulären Streitkräfte. Abgesehen von kleineren Sicherheiten ist die Ruhe in Dublin fast vollständig wiederhergestellt. Der angerichtete Schaden ist allerdings beträchtlich. Durch Feuer allein sind über 25 Gebäude zerstört worden, darunter mehrere der bekanntesten Hotels. Man erwartet von der Regierung, daß sie die letzten Resten der irregulären Streitkräfte auch in den Hand-Offizieren entschlüsseln gegen die Rebellen vorgeht.

Dollar-Kurs.

Frankfurt am Main, 5. Juli. Am vergangenen Sonntag wurden im D-Büro Köln-Frankfurt einem Amerikaner von internationalen Tagesbörsen eine vorläufige Brieftasche mit 211 Dollar, ein Kreditbrief für 25 000 Dollar und ein Kreditbrief über 10 000 Dollar anvertraut. Die Fater sind unbekannt.

Wien, 7. Juli. Dem Amerikaner Julius Steeger, der sich in einem hiesigen Sanatorium befindet, wurden aus dem Schlafzimmer Schmuckgegenstände im Werte von 4000 Dollar, also von etwa achtzig Millionen Kronen, gestohlen.

Wider Landarbeitereinstreit.

Bernburg, 5. Juli. Im Waldau, Roschwitz, Albersbach, Altenburg und Adersdorf streiken die Landarbeiter. Der offizielle Landarbeiterverband wendet sich gegen diese Streiks, die auf kommunistische Einschülfierungen zurückzuführen seien. Die Vorstandsarbeiten werden nur zum kleinen Teil verrichtet.

Ein Anruf gegen den Alkoholmißbrauch. Kronach, 6. Juli. Gegen den Alkoholmißbrauch erläßt das Bezirksamt Kronach, „Wenn es so weiter geht“, heißt es darin, „reißt unter Volk der Besämlung und dem Verderben zu.“

Handel und Verkehr.

Devisen fester, fürnächste steigend.

Berlin, 6. Juli. Am Donnerstag eröffnete der Devisenmarkt in großer Zurückhaltung. Die Dollarpazität stellte sich auf 427. Man nannte Kabel anfänglich 427-430, London 1905-1915. Das Geschäft wurde allmählich lebhafter. Unter wiederholter Schwankungen gingen die Kurse nach oben. Der Dollar sprang auf 435, später auf 438 und wurde bei Briefen mit 441-443 gehandelt. Die übrigen Devisen bewegten sich analog. So war London um 12 Uhr gehandelt mit 1960-1970, Holland 17 050-17 150, Paris mit 3615 bis 3635 und Prag mit 845-850. Der Devisenbedarf war an der Börse im Verhältnis zum Angebot so stark, daß die meisten Kurse fast kopiert werden konnten. Nach 4 Uhr gestillte sich der Verkehr nach vorübergehender geringfügiger Abschwächung weiterhin lebhaft bei außerordentlich fester Tendenz. Material war überhaupt nicht mehr zu haben. Der Dollar war bis zu 4 65 gehandelt, London bis zu 2090. Die Markt wurde aus New York gemeldet: 9 1/2 Uhr mit 22 1/2 bis 23 1/2 und 11 Uhr 21 1/2, das heißt paritätisch für den Dollar 462 bis 465 Mark. Gegen Abend trat eine weitere sprunghafte Erteigerung ein, der Dollar wurde zum Schluß mit 470-473 gehandelt, London mit 2090-2100. Bemerkenswert war die besondere Festlegung der Devisen Prag, welche zum Schluß mit 935 gehandelt war.

Effektenmärkte.

Berlin, 6. Juli. Durch das Nichterlösen der Devisen ist den meisten Berichten Tör und Tor geöffnet. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen auch an der Börse die Unruhe nicht zumutet. Die Devisen steigen ins Ungeheure und beeinträchtigen dadurch den Effektenmarkt nachteilig. Bei den Banken lagen vielfach limitierte Aufträge vor, und da Angebote so gut wie gar nicht vorhanden waren, bildeten ernstliche Kursgewinne im allgemeinen wieder die Regel.

Hierzu kommt, daß am Wintertannde Käufe von ischodollowattiger Seite zu beobachten waren, von denen namentlich oberbayerische Glendahnbedarf profitierten. Die 125 Pro, über den letzten Schlußkurs eröffneten. Abends nach gemauern 120, Kohlringer Dichte 70, Wuderus 84 und Deutsch-Luzemburg 45 Prozent. Von Kalibretten waren Hieserleben begehrt und 100 Prozent höher. Chemische Werte erannen bis 85 Prozent, Elektroverme bewieselt die 75 Prozent. Von Waggonfabriken zeigte sich Interesse für Sann-Waggon, die 140 über den Nachschubkurs eröffneten. Von Waggonfabriken gemannen Berliner Maschinen 32 Pro, Deutsche Maschinen 23, Hartmann 40, Gebrüder Höring 50, Dreuflein & Koppel 55 Pro, von Metallwerken Worenz 40, Dugo Schneider 40, Bögel 76 Pro, von Zentrifugalen Nordb. Wollé 45, Mammorgn Zichte 50 Pro, Als recht fest, sind noch Bafalt zu erwähnen, die 150 Pro, gemannen.

Von fremden Werten wurden 5 Pro, Werritarer zu 154 Pro, und 5 Pro, Tebantepce-Anleihe zu 125 Pro, höherer wurden dem Markte entnommen. Auch Bank- und Schiff-fahrtstaktien schloffen fest, der Aufwärtsbewegung an.

Unterhaltungen.

Berlin, 4. Juli. Aufgehört und verheiratet 375 Pro, zu 8800 M. im Durchschnitt. Goldpreis 9360, niedr. Preis 7380 M. Die letzten Briefe betragen für Ostpreußen 7480-8740, Hannover 8650-9130, Oldenburg 8580 bis 9360.



# Der Sohn des Millionärs.

Roman von Florence Ward.

(Nachdruck verboten.)

„Nein — und ich will weder etwas daran ändern, noch schöne Worte machen. Vielleicht erzähle ich dich jetzt noch mehr — vielleicht aber auch erst nach dem Späteren, das ich nicht so tief im Unrecht war, wie du jetzt glaubst. Du bist — wie die meisten reichen Leute, glaube ich — der Meinung, daß die Welt dir gehört, daß nur du Rechte hast. Du meinst, die Millionen, die Reichen von dem Gelde haben — gleichgültig, ob sie mit einem Anrecht darauf geboren sind oder nicht — wären deine Sklaven, die keine eigenen Gefühle, keine selbständigen Ansichten haben dürften, die kein Recht haben, sich ihr Leben selbst zu bestimmen. Nach diesem Glauben bist du mit meiner Schwester, mit meiner Schwester und mit mir selbst verfahren. Und einzig meine Schwester hat es verstanden, sich scheinbar unter diese Ansichten zu beugen, die zu schmeicheln, während sie in Wahrheit dich zwingt, ihr zu folgen — während sie aus deinen verkehrten Anschauungen den größten Nutzen zog.“

„Was heißt das: mir zu schmeicheln? — Ich habe Schmeicheleien immer verachtet, und Mabel würde es nicht einmal ertragen haben, mir damit zu kommen!“

„O gewiß — sie ist tief genug, die rechte Form für ihre Schmeicheleien zu finden! Darauf, daß jemand dein Lob in überschwänglicher Tonart singt, würdest du allerdings nicht hören. Ja, Mabel ist sehr klug — und sie regiert dich, während du in der Meinung befangen bist, sie wie jeden in deinem Hause zu regieren. Sie ist es, die dir sagt — oder einigt — was zu tun ist. Sie war es, die auf den Gedanken kam, eine Gesellschaft für Madalene ins Haus zu nehmen; nicht, weil sie Madalene eine Freude damit machen wollte, sondern um der lästigen Berührung entgehen zu sein, sich selbst um die Verdächtige zu kümmern.“

Ein paarmal hatte es den Anschein gehabt, als wollte der Freiherr den Redenden unterbrechen. Aber er hielt

„S nicht genau. Denn es kam ihm eine Meinung, als konnte doch viel Wahres in Eberhards Worten sein — und er konnte sich nicht dazu entschließen, ihm zu verbieten, in dieser Weise zu sprechen. Auch jetzt, als der junge Mann eine kurze Pause machte, verbarste er schweigend. Und Eberhard fuhr fort:

„Mabel war es, die die Gesellschaften engagierte — und zwar eine, die ihrer Meinung nach „ungefährlich“, das heißt unscheinbar und unbedeutend war. — Nun, darin hat sie sich jedenfalls geirrt,“ fügte er mit einem leisen Lächeln hinzu.

„Mabel war es auch, in deren Kopf der Plan entstand, mich zu verheiraten. Und sie bewies auch dabei, daß sie eine gute Rednerin war. Denn zunächst wurde sie mich los — unbeeindruckt war ich ihr natürlich immer — und dann bedeutete ihr der Name des Grafen Adringen eine Bräute, in die erste Gesellschaft zu gelangen — die Gesellschaft, die sich zu ihrem geheimen Anjamm vor ihr verschloß.“

Da fuhr der Freiherr doch auf:

„Wenn du es wagst, diese Worte auch auf mich zu beziehen —“

„Nein, Vater! — Ich weiß, daß du dich nur von der Absicht leiten ließest, mir eine glänzende Lebensstellung zu verschaffen. Mabel aber verfolgte andere Zwecke. Und als sie sah, daß meine Zuneigung für Herta Leutenborff ihre schönen Pläne zu durchkreuzen drohte, — es war wahrhaftig nicht schwer, diese Zuneigung gewahr zu werden — da übergriff sie in ihrer Angst die Heirats-Angelegenheit. Wieder war sie es, die dich veranlaßte, die Komplette und ihren Vater einzuladen. Und sie zwang uns, fortwährend beizumischen zu sein. Schade nur, daß ich schon verheiratet war, als Adria Adringen kam.“

„Warum hast du mir deine Liebe für das Mädchen nicht offen eingestanden?“ fragte der Freiherr abgebrochen und mißwillig.

Eberhard sah ihn fest an.

„Was hätte es für einen Nutzen gehabt? — Du weißt, daß es damals die gleichen Folgen gehabt hätte, die es heute hat. Hätte ich dir davon gesprochen, ehe Herta mein Weib war, so hätte ich das junge Mädchen daumangeln, und du hättest vielleicht nicht zugehört und Weis-

gewiesen, unsere Vereinerung zu hinterfragen. Später aber, nachdem diese Vereinerung vollzogen war, hätte ich dich ganz so behandelt, wie du heute handelst.“

Je mehr der Freiherr erkannte, daß sein Sohn nie die Wahrheit sprach, um so mehr wuchs eine unerlöliche Unruhe in ihm, gegen die er sich nur mit verdoppelter Räte und verdoppeltem Zorn wappnen konnte. Mit einem finsternen Blick sah er Eberhard.

„Und das soll eine Entschuldigung sein dafür, daß du mich schmählich hintergangen hast?“

„Du wolltest ja die Wahrheit nicht hören, Vater — du wolltest keine andere Meinung gelten lassen, als daß wir alle nur Puppen in deiner Hand wären. Die Folge war, daß es uns fast zur Besessenen werden mußte, dich zu läuschen.“

Johannes Rominger schlug mit der gehaltenen Faust auf die Tischplatte, aber Eberhard ließ sich nicht mehr einschüchtern.

„Du hast mir verboten, nach Monte Carlo zu gehen; so ging ich heimlich.“

„Das wagst du mir zu sagen!“

„Ich darf jetzt nicht nur alles sagen, sondern ich habe gerade die Verpflichtung, es zu tun,“ erwiderte Eberhard selt. „Denn du sollst wissen, daß du mit deinem Verbot des Besuchs der Spielplätze die Heirat herbeiführst hast, ohne es zu ahnen. Mehr vielleicht aus dem Gefühl heraus, daß ich kein Kind mehr sein, dem man das Spielen und Zuderkommen unterlassen muß, als aus unüberleglichem Drange zum Spiel habe ich mich nachts für Nacht aus dem Hause geschlichen, um das Kasino aufzulocken. Es war eine Torheit — ich gebe es zu; aber du warst es, der mich dazu trieb. Mabel vermutete, daß ich heimlich nach Monte Carlo ging, und da sie damals die glänzende Idee, mich zu verheiraten, noch nicht gefaßt hatte, stieß mehr darauf ausging, dich und mich zu entzweien, wollte sie meine Liebertragung deines Verbotes für diesen Zweck ausnutzen. Du erinnerst dich vielleicht jener Nacht —“

(Fortsetzung folgt.)

# Bad Elster

Badeschriften und Auskunft durch die Badedirektion, in dem Deutschen Verkehrsbüro Berlin Potsdamer Bahnhof, sowie in allen Vertretungen des Mitteleuropäischen Reisebüros (MER).

# Eisen-, Mineral- und Moorbad hilft

Eisen-, Mineral- und Moorbad hilft bei Herzleiden (Terrainkur), Nervenleiden, Gicht, Rheumatismus, Blutarbeit, Bleichsucht, Frauenkrankheiten, allgemeinem Schwächezustand, Verdauungsstörungen, Nieren-, Leber- u. Zuckerkrankheiten, Fettleibigkeit, Lähmungen. Große Erfolge in der Nachbehandlung von Verletzungen.

**Familien-Nachrichten.**

Verheiratet: Ernst Brandt und Frau Olga, geb. Große, Weiskirchen.

Geboren: Gustav Friedrich, 68 Jahr, Bamberg; Emilie Schilling, 71 Jahr, Enkel: Günther Schulz, Leipzig-Röden; Paul Scheibin, Leipzig-Röden; Gustaf Wärm, 9 Monate, Weiskirchen.

**Grundstücks-Verkauf!**

Sonntags, den 8. Juli d. J., nachmittags 5 Uhr, findet in Meißels Restaurant am Bohmmarkt, hier, die Versteigerung des Hausgrundstückes Häußlerstr. Nr. 3 in Merseburg, öffentlich meistbietend statt. Wohnung mit frei. Beschäftigung mit Sonntag und Freitag nachmittags von 1 bis 5 Uhr. Bedingungen im Termin, 5000,— Mark. Versteigerung erforderlich.

Albert Franke, beid. Auktionator, Lindenstr. 1.

**Gestrickte Damen-Jacken** in Wolle und Kunstseide

**Seidene Blusen** Wasch-Blusen

empfehlen in reicher Auswahl und vielen modernen Farben preiswert

**H. Schnee Nachf.** A. & F. Ebermann

Halle a. S. — Gr. Steinstr. 34.

**Stadttheater Halle.**

Sonntags, abds. 7.30 Uhr

**Der Zigeunerbaron.**

Versteht-Vorstellung.

Sonntag, abds. 7.30 Uhr.

Das **Dreimäderlchen.**

Montag, abds. 7.30 Uhr

**Die Fledermaus.**

**Kahlbaum-Büffet**

Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 62

**Orig. Wiener Schrammeln!**

Stimmung! Humor!

**Möbel**

Offener billigste Speise-Zimmer

Schlaf-Zimmer

Küchen

in allen Farben

Polsterwaren

Kleinförmige

Einzelmöbel

Auf Wunsch Teilzahlung

**N. Fuchs**

Kurprinzstr. 13

**C. A. KLEMM**

Leipzig I, Farnstr. 2096 Neumarkt 26

Flügel Flügel

Pianos Musikalien Pianos

Harmoniums Harmoniums

Grammophone Schallplatten

Planoorte

Reparaturen Klammern

Künstler-Notenrollen für 65er u. 88er Apparate

**Benzol**

Lösungs- Auto-Benzin

Luxus-Spezial-Schwer

Techn. Öle und Fette

Pa. Leucht-Petroleum

Wäsche

Prompt in Kesselwagen-Fässern und Kannen günstig lieferbar. — Preise und Muster zu Diensten.

Mitteldeutsche Chemikalien-Ges. m. b. H.

Leipzig-Lindenua

Vertreter allerorts gesucht!

**Kleinkunst-Atmosphäre**

Neues Schattenspiel

Sonntags nachmittags 5 und abends 8 Uhr

Das große Fest-Programm

Glänzend gestalteter Kleinkunst

Jeden Freitag Tag Programmwechsel

Direktion: H. Eilenberger.

**Merseburger Mieterverein.**

Dienstag, den 11. Juli, abends 8 Uhr im „Zoo!“

**Mitglieder-Vermählung!**

2 Tagesordnung: 1. Beitragsberichtigung; 2. Bericht des und Ausprobieren.

Der Vorstand: Fröbe.

**Gottesdienst-Anzeigen.**

Sonntag, den 9. Juli 1922 (4. nach Trinitatis)

Gesamt wird eine Kollekte für das Gildabeth-Gift in Reimbeit am Ort.

Es predigen:

Dom. Vorm. 10 Uhr: Dionysius Buttke

Gottesbibliothek: Gebühler Sonntag von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr mittags.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Jenisch.

Vorm. 11 Uhr: Kinder-Gottesdienst. Pastor Henz.

Evang. Männer- und Jugendverein

Sonntag, abends 8 Uhr: Vermählung. An der Weiler 5. — Herr Kros.

Evang. Mädchenbund St. Maxim

Dienstag, Georgenfest fällt aus.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Vermählung (Letzter Abteilung.) An der Weiler 5. — Pastor Henz.

Evang. Frauenhilfe St. Maxim.

Donnerstag, nachm. 4 Uhr: Standeshöfchen.

Attentura. Vorm. 10 Uhr: Pastor Krugentritt.

Neumarkt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Post.

Vorm. 11 Uhr: Kinder-Gottesdienst.

Montag, abends 8 Uhr: Konfirmierte Söhne im Pfarrhause.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Mädchenverein St. Thome im Pfarrhause.

**Anzüge, Hüter, Valetots, Schlüpfer, Hojen, Westen**

haben Sie am billigsten bei

Räthe Zieme, Leipzig, Sperrergasse 10, 1. Etage.

**Lausofan vernichtet Kopfläuse und deren Brut**

Bequeme Anwendung. — Völlig unschädlich. Ärztlich empfohlen. 1 Flasche für 4 Personen. — Erhältlich in Apotheken, Drogerien usw.

**Sammelbogen für Brotmarken**

hält wieder auf Lager und sind in jedem Quantum zu beziehen

Geschäftsstelle des Merseburger Tageblatt

Merseburg, Hälterstr. 4. : Tel. 100.

**Zeitungs-Austräger gesucht.**

Merseburger Tageblatt.

**Wanderung nach Delitzsch.**

Sonntag, den 9. Juli 1922, abends 8 1/2 Uhr nachm. von der Weilerstraße. Der Vorstand.

**Berein der Ostmärker**

Nächsten Sonntag, abends 8 Uhr im „Zoo!“

**Monats-Vermählung**

Spielt, kompl. mit prima Sobelinschinken 3500.—

Serranz, desgl. 3500.—

Küchen 650.—

**Möbelheim Leipzig.**

Vangerstr. 22

Verband nachall. Stationen

**Verkaufsstellen**

1. Schützen. Interhallen u. Tagesblätter werden eingekauft. Geboten u. nichtig. 3—5000 M. erford. Off. Schließl. 22. Dresden 24. Rückporto erbeten.

**Anfertigung eleganter Herren- u. Damen-Moden**

**E. H. Georg, Merseburg**

Rossmarkt 4 — Rossmarkt 4

**Zaden mit Wohnung**

(mit Preisangabe) gesucht

H. H. H. 2004 an die Geschäftsstelle.

Herr sucht out möbl. Zimmer. Offerten u. A. P. 655 an die Exped. d. Blattes.

Anstünd. junger Mann sucht sofort Schlafstelle. Angeb. unt. G. S. 657 an die Expedition des Tagesbl.

Erledigt, anständiges Mädchen i. Schlafstelle. Angebote unt. A. G. 656 an die Exped. des Bl.

Möbl. Zimmer für sofort gesucht. Offerten unt. V. T. 688 an die Expedition dieses Blattes.

Möbliertes Zimmer gesucht. Offerten unt. N. G. 689 an die Expedition d. Bl.

**!! Bidet, Mitter !!**

**Haar- und Hautmittel!**

Ein einfaches wunderbares Mittel teile kostenfrei. Mit Genau angeben für welchen Schminktischmacher. Frau H. Poloni, Hannover H 350. Schließl. 106.



ih zur Tribüne hinaufgeleiteten, vermag bei dem tosenden Lärm oder nicht das Wort zu nehmen. Da der Lärm orkanartig aufwühlt und dauernd anhält, bricht Präsident Wöbe wiederum die Sitzung ab. Die Erregung hält noch lange an. Von der Tribüne werden Papierballen nach rechts geworfen. Allgemeine große Unruhe im Hause.  
Nächste Sitzung: Freitag, Weiterberatung.

### Kommunistischer Terror im Landtag.

Berlin, 6. Juli.  
Auf der Tagesordnung steht der mündliche Bericht des Verfassungsausschusses über Anträge aller Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, betreffend den Schutz der Republik, verbunden mit einem Amnestiegesetz und einem Entwurf über die Reform des Disziplinarrechts für Beamte und Richter.

Abg. Weimann (Z.) erstattet den Ausschussbericht. Die Amnestie soll sich erstrecken auf Vergehen aus Anlass der großen wirtschaftlichen und politischen Bewegungen seit dem Kapp-Zug, ohne Einbeziehung der Disziplinarverfahren des Eisenbahnerstreits. Gemeine Verbrechen sollen nicht begnadigt werden, nur solche politischer Art. Der Beamte soll im neuen Disziplinarrecht die Meinungs- und politische Neutralität behalten, aber nicht feindselig gegen die Republik Stellung nehmen dürfen. Die Amtszeit der jetzigen Richter des Disziplinarhofes soll mit dem 16. Juli enden. Damit wird eine Neubesetzung mit politisch zuverlässigen Richtern ermöglicht.

Abg. Weimann (Z.) erklärt die Vereinnahmung seiner Partei, nächstlos alles zur Erhaltung der jungen Republik erforderlich zu tun. Die im Reichsrat gegen das Gesetz Stellung nehmenden Provinzialverbände müssen zur Verantwortung gezogen werden (H). Die Amnestie soll nur die politischen Vergehen erfassen. Ich bitte aber auch die Schuldigen im Eisenbahnerstreit nicht von der Amnestie auszunehmen.

Abg. Weimann (Z.) befreit dem Ausschuss das Recht, aus eigener Initiative Gesetzentwürfe einzubringen. Wir haben mit geheimen Organisationen nichts zu tun. Durch die Amnestierung wird das Rechtsempfinden der Bevölkerung erschüttert, einmal auch Unrechtsstellungen und andere Straftaten darunter fallen sollen. Gewalt darf nicht vor Recht gehen. Auch die Einbeziehung des Eisenbahnerstreits ins Gesetz ist uns unverständlich, da das kein politischer Streit war. Redner kritisiert den Sturmlauf gegen die Schuldigen und nennt die ganze Gesetzgebung ein Produkt der Erregung. Die Atmosphäre werde nur noch verstärkt und die Demokratie zur Terrormacht. (Widerpruch links.)

Auch Abg. Dr. Weigig (D. Wpt.) warnt davor, aus der ersten Erregung heraus Gesetze zu schaffen. Staatsrecht müsse mit wachem Verstand und klarem Verstand geschrieben werden. Seine Partei trete mit klarem Verstand an die Gesetze heran. In kurzen Zeitabständen Annehmen anzusprechen, sei für die Autorität des Staates ungemein gefährlich. Gemeine Verbrechen dürften nicht amnestiert werden, aber seine Partei wolle diesmal den politischen Verbrechen noch einmal Gnade gewähren, inwieweit sie besondere Bedenken gegen die Einbeziehung des Eisenbahnerstreits habe. Im übrigen bittet Redner die Zustimmung

zu den Gesetzen hinauszuschieben, bis die Reichsgesetzgebung für diese Punkte fertig sei.

Abg. Kreuz (Dem.) widerspricht der Annahme, als ob es sich hier um Bestimmungen handle, die in der Erregung erlassen seien. Infolge der Agitation von rechts und links scheie die Beamtenchaft nicht mehr so loyal zum Staat wie früher. Darum müsse sowohl gegen die Agitation von rechts wie von links eingeschritten werden. Die Straffreiheit sollte aber auf den Eisenbahnerstreit nicht ausgedehnt werden, weil dieser nicht zum Schutze der Republik unternommen werde, sondern nur eine schwere Erschütterung der bestehenden Staatsform bedeute.

Abg. Dr. Neumann-Warbur (Ztr.) stimmt dem Gesetz zu, jedoch mit der Forderung, daß gegen Beamte eingeschritten werden muß, wenn sie „aufhebelnd und gefährlich“ gegen die Republik auftreten, anstatt „agitatörisch und demagogisch“, wie es im Entwurf stehe. Das Strafmaß müsse dahin geändert werden daß im Falle der schwersten Fälle auf die Disziplinarstrafe erkannt werden könne.

Abg. Weid (L. Z.): Die gehörten Reden deuten schon wieder auf Mäßigung hin. Daher sollte zunächst einmal unter den monarchistischen Ministern aufgetrieben werden und die sämtlichen Zustände in den Provinzialparlamenten beseitigt werden, die keinen republikanischen oder sozialistischen berufen.

Abg. Zühlke (L. Z.) fordert Aufklärung von Minister Seebing, ob sich das Gesetz auch gegen links richten wolle wie es Abg. Kreuz als selbstverständlich ansieht.

Abg. Deberg (D.): Linke Partei steht uneingeschränkt, weil sie das Gefühl hat, daß sie an dem Wort an Mathenau, der von jungen unreifen Menschen verübt wurde, weder direkt noch indirekt beteiligt ist. (Sturm. Lärm links.) Durch Ausnahmgelge wird aber das Entgegengesetzte von dem Gefühl und dem Handeln Mathenaus angetrieben. Mit diesen Organisationen müssen wir aufhören. Aus Angst wird das Gesetz nicht gefaßt. Angst können wir nicht. Täglich bekommen wir Drohbriefe, trotzdem tun wir, was nötig ist.

Minister Seebing gibt dem Wunsch Ausdruck, daß das Disziplinarrecht unverändert Gesetz werde. Hier handle es sich nicht um die Unbesonnenheit einiger junger Journalisten sondern um Wortbanden, und solche, die diese bezahnen, im Falle Schaden hat der Täter bereits einen Teil des ihm gebotenen Geldes erhalten. Wir haben den Geldgeber, der mehreren rechtsgerichteten Organisationen angehört. Mit diesen Organisationen müssen wir aufhören. Aus Angst wird das Gesetz nicht gefaßt. Angst können wir nicht. Täglich bekommen wir Drohbriefe, trotzdem tun wir, was nötig ist.

Abg. Dr. Meier-Ehrenkau (Stamm) fordert die Freigabe von Max Hoff.

Abg. Kattner (L.) spricht dem Abg. Deberg, dessen Partei durch den Mathenauord auf schwere Kompromittierung sei, das Recht ab, hier Moral predigen zu halten. Zum Teil sei dies fällig, in denen der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Heming Geld an reaktionäre Geheimorganisationen oder Klubs gegeben habe. Auch der Abg. Hermann Fredericksdorf gebe an Geheimorganisationen Geld. Wenn jetzt nicht gehandelt würde, fänden wir vielleicht bald wieder an einer Tafel, um dann Bedauern zu empfinden, daß jetzt nicht gehandelt worden sei. Damit schließt die Debatte ab.

Nach Schluß der Debatte tritt der deutschnationalen Abgeordnete Hermann Fredericksdorf die

Rednertribüne zu einer persönlichen Bemerkung. Sofort erfolgen von der äußersten Linken unausgesetzte Schläufe und kommunistische und unabhängige Abgeordnete drängen sich auf die Rednertribüne. Von rechts kommen deutschnationalen Abgeordnete, an der Spitze der deutschnationalen Abgeordnete Meidel, die sich häufig um den Redner stellen. Angeheuer Lärm entsteht. Die Stimme Redners ist nicht zu vernehmen. Ein von einem Abgeordneten ge- worfenes

Attenbündel trifft den Redner am Kopf, ein anderes schlägt einem Stenographen an den Kopf. In diesem Augenblick dringen Abg. Kaufner und andere Unabhän-

gliche vor und schlagen auf den deutschnationalen Abgeordneten Conrad ein, der bis zur Ministertribüne zurücktaumelt. Ein allgemeines Gaudium schließt sich an. Der Abgeordnete Hermann Fredericksdorf bricht seine formulierte Erklärung ab und übergibt das Manuskript dem Präsidenten Leinert. Dieser übernimmt es. Nach wenigen Sekunden greift ein Kommunist auf den Präsidenten zu, nimmt das Manuskript und verleiht es und weist die einzelnen Seiten gegen den Präsidenten. Dieser verläßt, da die Ruhe nicht herzustellen ist, den Saal. Die Sitzung ist unterbrochen. Nach einigen Minuten beruft Präsident Leinert den Reichstagsrat zu einer Sitzung für sofort zusammen.

Der Reichstagsrat schlägt Vertagung vor.

Der Abg. Meier-Ehrenkau (Stamm) beantragt Weiter- tagung. Die Vertagung wird gegen die Stimmen der drei Linksparteien beschloffen.

Nächste Sitzung Freitag: Feuerangestellte gegen den Notar- und Gerichtsdienst; Mittelschul- und Gehälter und Fortsetzung der Debatte über das Neubau-Gesetz.

### Turnen, Spiel und Sport

Leistungsfähige Erfolge des 2. F. 2.  
Bei den Gaudiumkämpfen in Halle am Sonntag ging die Jugend der Reichshilfs-Abteilung im B. F. L. zum 1. Male an Start. Die erzielten Siege sind das Ergebnis intensiven Trainings und versprechen, besonders in der 2. Jugendklasse 1906/07, nach demdem schonen Erfolg. Sehr gute Leistungen zeigte A. Lautenschläger, der mit vier 2. Preisen wohl der Beste seiner Klasse im Gau war. Im Ganzen konnten die jungen Reichshilfsler 9 Preise erringen und zwar folgenden: Jugend 1908/09: Doppel 1. 5. Preis im 800-Meter-Lauf; Jugend 1908/07: Lautenschläger: 2. Preis im Hochsprung mit 1,40 Meter, Lautenschläger: 2. Preis im Angelfliegen 8,23 Meter, Knauth: 3. Preis im Angelfliegen mit 8,16 Meter, Lautenschläger: 2. Preis im 100-Meter-Lauf in 12,7 Sek., Knauth: 4. Preis im Hochsprung, Lautenschläger: 2. Preis im 1000-Meter-Lauf, Jugend 1904/05: Angler: 2. Preis im Angelfliegen mit 9,46 Meter, Angler: 2. Preis im 100-Meter-Lauf.

Verantwortliche Redaktion: Volkst., Bril. und prob. Zeitl. Dr. Dahl. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: H. Kauf. — Druck und Verlag: Wertheburger Druck- und Verlagsanstalt & Baus, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten.